

Bern, Juli/August 1973

VERTRAULICH

GEDANKEN
ZUR
KÜNFTIGEN EUROPA-POLITIK
DER SCHWEIZ

von

Dr. Benedikt von Tscharner

Wer ermessen will, wie die schweizerische Europapolitik in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren aussehen wird, welcher Art die Beziehungen zwischen unserem Land und den Europäischen Gemeinschaften sein werden oder sein könnten, muss sich zuerst ein Bild von der mutmasslichen oder möglichen Entwicklung der europäischen Politik im allgemeinen und der europäischen Integration im besonderen zu machen versuchen. Es geht dabei weniger darum, eine eigentliche Prognose aufzustellen, als darum, einige Entwicklungshypothesen zu prüfen. Vor allem verdienen diejenigen Hypothesen besondere Aufmerksamkeit, die geeignet sind, wesentliche Voraussetzungen unserer heutigen Europapolitik zu verändern. Ändert sich in Europa nichts Wesentliches, so darf man wohl davon ausgehen, dass die heutige Politik der Schweiz sich auch in Zukunft bewähren wird. Indessen scheint in einem Zeitalter des Wandels gerade die Hypothese der Stabilität aller Gegebenheiten als wenig wahrscheinlich.

Wir greifen im Folgenden drei Faktoren heraus, die uns für die künftige Gestaltung der schweizerischen Europapolitik besonders wichtig scheinen:

- in ganz erster Linie die sicherheitspolitische Lage in Europa,
- dann aber auch die sozio-oekonomischen und technischen Veränderungen,
- und schliesslich die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften (EG).

Dabei sind wir uns bewusst, dass die europäische Politik eingebettet ist in grössere Zusammenhänge und dass aussereuropäische und weltweite Entwicklungen unter Umständen ebenso massgebend sein können wie die drei gewählten Problemkreise.

1. Die sicherheitspolitische Lage in Europa

Die makropolitischen Verhältnisse im Europa der Nachkriegszeit müssen, gemessen an den Entwicklungen der Jahre 1910 bis 1940, gemessen auch an den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich/technischen Umwälzungen der fraglichen Zeit als erstaunlich stabil bezeichnet werden. Die Präsenz der beiden Supermächte USA und UdSSR hat die politische Karte Europas erstarren lassen. Von der Einvernehmlichkeit von Jalta über den kalten Krieg der Fünfziger Jahre bis zum Versuch Nixons und Breschnews, die Koexistenz vertraglich zu ordnen, hat zwar das politische Klima in Europa einige Wandlungen erfahren. Die strategische Grundsituation ist jedoch die gleiche geblieben. Die Spaltung Europas in zwei Lager, die Existenz zweier Militärbündnisse zwischen einer aussereuropäischen Supermacht ¹⁾ und ihren europäischen Verbündeten oder Satelliten erforderte auch von den neutralen Ländern keine grundlegende Änderung ihrer Haltung. Sie lebten und leben im Schatten der strategischen Patt-Situation. Die Schutzmächte haben ein ausgesprochenes Interesse daran, dass sich an dieser Situation nichts ändert. Da geographisch die Neutralen - mit Ausnahme Finnlands - zur westlichen Hälfte des Kontinents gehören, liegt es vor allem im Interesse der Westmächte, dass die Neutralen einen recht hohen Stand der militärischen Abwehrbereitschaft aufweisen, wenn auch diese grundsätzlich national konzipierte Verteidigungsbereitschaft einzelner kleiner Länder in einem gewissen Widerspruch zum kontinentalen Charakter der Bedrohung, zu den militärischen Koordinationsbedürfnissen und zur modernen Waffentechnik steht.

Wird sich diese Lage verändern ?

Die Chancen sind gering. Auf politischer Ebene ist die Tendenz nach wie vor stark, die Nachkriegslage weiter zu zementieren (Ostverträge

1) Die Sowjetunion kann zwar aus historischer Sicht als europäisches Land bezeichnet werden, ihre heutige politische und militärische Rolle kennzeichnet sie jedoch als Weltmacht. Insofern erscheint der Vergleich mit der Rolle der USA in Europa als gerechtfertigt.

- 3 -

der Bundesrepublik, Sicherheitskonferenz). Die Allianz der sich allen grundlegenden Veränderungen widersetzenen Kräfte erscheint nach wie vor als unerschütterlich. In militärischer Hinsicht zeichnet sich zwar eine Tendenz zum Abbau der amerikanischen Präsenz in Europa ab (MBFR), die den strategischen "Atomschirm" nicht beseitigen würde, aber der sowjetischen Seite trotz gewisser Gegenkonzessionen ein noch ausgeprägteres Übergewicht in der konventionellen Bewaffnung und Einsatzbereitschaft belassen würde, als dies heute schon der Fall ist. Es ist jedoch fraglich, ob die Sowjetunion mit diesem Übergewicht mehr tun kann, als die innenpolitische Situation in Osteuropa unter Kontrolle zu halten. Diese Kontrolle muss ihr heute besonders wichtig erscheinen, da sie weder bereit noch in der Lage ist, die Tendenz zu stärkerer kultureller und vor allem wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West wieder rückgängig zu machen.

Was im übrigen den erwähnten Abbau der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa anbelangt, so hält es schwer, an einen grundlegenden Wandel der amerikanischen Interessenlage zu glauben. Die Vereinigten Staaten werden mit anderen Worten zwar wohl eine weitere Entspannung und eine weitere finanzielle und militärische Entlastung suchen, aber trotz all dem nicht zulassen können, dass die Sowjetunion die Kontrolle über Westeuropa an sich reisst.

Eine Gefährdung des Status quo könnte sich allenfalls aus innenpolitischen Entwicklungen z.B. in gewissen Ländern des Mittelmeerbeckens ergeben. Durch den weiteren Ausbau der sowjetischen Mittelmeerflotte könnte die UdSSR versuchen, Einfluss auf die politische Situation in diesem Gebiet zu nehmen und sich damit einen wichtigen strategischen Vorteil zu verschaffen. Viel wird davon abhängen, ob die westlichen Länder solche Uebergriffe hinzunehmen bereit wären.

Heikle Situationen könnten auch im sowjetischen Herrschaftsbereich selbst entstehen. Es gibt Ostexperten, die auf die wachsende Diskrepanz zwischen dem totalitären Charakter des sowjetischen Machtappa-

rats und dem steigenden Wohlstand und Pluralismus der sowjetischen Gesellschaft hinweisen und die These vertreten, diese Spannungen müssten über kurz oder lang zu Zerreissproben führen. Die Wechselwirkung, die hier zwischen Wohlstand und Freiheitsstreben des Einzelnen hergestellt wird, scheint uns jedoch fragwürdig. Auch der Totalitarismus ist nicht unfähig, sich neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen anzupassen. Und selbst wenn die "zersetzende", d.h. liberalisierende Wirkung des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Fortschritts nicht rundweg geleugnet wird, so darf man sich doch über das Tempo solcher Entwicklungen keinerlei Illusionen machen.

Man geht somit wohl nicht fehl, wenn man an einem raschen Wandel der grundlegenden Faktoren, die die politische Lage Europas bestimmen, seine ernststen Zweifel hegt.

2. Die sozio-oekonomische und technische Entwicklung

Von grosser Bedeutung für die Entwicklung der schweizerischen Europapolitik werden die wirtschaftlichen, sozialen und technischen Faktoren sein. Wird das wirtschaftliche Wachstum der Nachkriegszeit anhalten, sich im gleichen Rhythmus oder noch stärker beschleunigen, wird die Entwicklung der Technik z.B. im Verkehr, im Fernmeldewesen, in der Fabrikation (Automation), in der Informatik usw. den gleichen stürmischen Verlauf nehmen wie in der Vergangenheit? Wird damit die Interdependenz der industrialisierten Länder, die Internationalisierung aller Lebensbereiche weiter zunehmen? Wird das Streben nach Wohlstand nach wie vor Haupttriebfeder dieser Entwicklung sein? Oder wird aus politischen, sozialen, oekologischen oder allgemein psychologischen Gründen eine Wachstumskrise eintreten? Wird die freiheitliche Demokratie Westeuropas in der "Revolution der steigenden Ansprüche", - es handelt sich vornehmlich um gesteigerte Ansprüche an den Staat zur Verminderung der mannigfaltigen Existenzrisiken -

funktionsfähig bleiben ? Wird es gelingen, das Krebsübel der Inflation zu besiegen und wieder Ordnung in die internationalen Währungsverhältnisse zu bringen ? Werden die Menschen des "Fortschritts" überdrüssig werden und den als Teufelskreis erkannten Konnex von wildem Wachstum - Erschöpfung der Rohstoffreserven - Umweltverschmutzung zu durchbrechen suchen ? Wird eine Tendenz der Abkapselung, der Rückkehr zur kleinen, überblickbaren Einheit, der Abkehr vom Grossraumdanken einsetzen ?

Es ist nicht unsere Absicht, die brennende Aktualität all dieser Probleme zu bestreiten. Wir glauben jedoch, dass sie heute durch eine geschickte Publizistik, die an sich eine wichtige bewusstseinsfördernde Aufgabe erfüllt, allzu sehr dramatisiert werden. Bei ruhigerem Ueberlegen kommt man zum Schluss, dass die wirtschaftliche Entwicklung der hochindustrialisierten Länder in den kommenden Jahrzehnten wohl eine gewisse Verlangsamung infolge der erhöhten Kosten des Umweltschutzes, der verstärkten Tendenzen zu sozialer Nivellierung und des Nachlassens der Wachstumsmentalität erleben dürfte, dass jedoch im Ganzen die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und die Internationalisierung aller Lebensbereiche kaum merklich nachlassen werden. Die Interdependenz wird vielmehr mit grösster Wahrscheinlichkeit noch zunehmen. In allen Ländern wird der Anteil der Aussenwirtschaft am Bruttosozialprodukt steigen, die Rolle der multinationalen Gesellschaften wird bedeutender sein, die Mobilität von Menschen, Waren, Informationen, Geld und Dienstleistungen wird noch grösser werden. Der Spielraum für eine autonome Politik des Staates z.B. auf dem Gebiet des Währungswesens, der Konjunkturlenkung, der Forschung, der Raumplanung, des Sozialwesens usw. wird also weiterhin kleiner und das Bedürfnis nach Zusammenarbeit und Integration wird grösser werden. Mehr und mehr Lebensbereiche werden in diesen Sog geraten. Die Schwächen der Methoden internationaler Zusammenarbeit werden offensichtlicher werden, die Disparitäten und Diskriminierungen im internationalen Leben als störender empfunden werden. Die Lebensgewohnheiten und Wertvorstellungen der Menschen werden sich internationalisieren, d.h. sich einander angleichen.

3. Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaften (EG)

In dieser Lage wird für die Schweiz von ganz ausschlaggebender Bedeutung sein, wie sich die EG bis 1980 oder 1990 entwickeln werden.

Wenn wir davon ausgehen können, dass die EG die z.B. im Werner-Plan oder in den Communiqués der Gipfelkonferenzen von Den Haag und Paris formulierten Ziele zwar mit der wohl unvermeidlichen Verspätung aber schliesslich doch erreichen, so müssten sich für die Schweiz ganz neue Probleme ergeben. Neben einer fast ganz Westeuropa umfassenden Union, die eine integrierte Wirtschafts- und Währungspolitik betreibt, würde sich wohl der faktische freie Bewegungsraum der Schweiz ausserordentlich stark einengen. Von einer autonomen Wirtschafts- und Währungspolitik der Schweiz könnte keine Rede mehr sein. Die starke Interdependenz mit dem westeuropäischen Raum müsste zu einem praktisch unwiderstehlichen Harmonisierungsdruck führen, wobei es sich wohl in den meisten Fällen vornehmlich um einseitige Anpassungen an das EG-Regime handeln dürfte, gleichgültig ob sie in die Form von Abkommen oder von autonomen Beschlüssen der Schweiz gekleidet würden.

Ist diese Arbeitshypothese realistisch ?

Dies ist wohl die wichtigste und schwierigste Frage der schweizerischen Aussenpolitik. Denn wenn wir darauf bauen könnten, dass die feierlichen Erklärungen, die Programme und Pläne der EG leere Worte bleiben, dass alles am Mangel an Gemeinschaftsgeist scheitern wird oder dass weltweite Integrationsbestrebungen den heutigen Vorsprung Europas z.B. auf dem Gebiet der Handelsliberalisierung oder der Koordination der Wirtschafts- und Währungspolitik, allmählich einholen werden, brauchten wir uns keine weiteren Sorgen zu machen. Unsere heutige Politik wäre einem zur echten Integration und zur Profilierung unfähigen Europa durchaus angemessen.

Heute erscheinen sicher ernste Zweifel an der Fähigkeit der EG-Staaten, den vorgezeichneten Weg zu beschreiten, berechtigt. Die Zollunion und die gemeinsame Agrarpolitik verlieren als einigende Bänder an Bedeutung. Die Zölle werden durch weltweite oder regionale Verhandlungen beseitigt oder stark abgeschliffen. Die Agrarpolitik wird mehr und mehr in Frage gestellt. Die Jugend und weite Teile der öffentlichen Meinung stehen den EG ablehnend oder gleichgültig gegenüber, teils weil sie von den Brüsseler Institutionen mehr Handgreiflicheres erwartet haben, teils weil sie das "Europa der Kapitalisten" ohnehin ablehnen. Von Schwung und Zielstrebigkeit ist in Brüssel wenig zu spüren und manche Kompromisse zeugen von einem erschreckenden Mangel an Gemeinschaftsgeist. Vor allem die Bereitschaft der EG-Staaten, in wesentlichem Umfang Kompetenzen in Kernbereichen der nationalen Politik an die EG-Organen zu übertragen und nationale hinter gemeinsame Ziele zurücktreten zu lassen, scheint nach wie vor nicht gesichert. Trotz langer Vorarbeiten und kühner Grundsatzentscheide wissen nämlich manche EG-Staaten offenbar immer noch nicht mit Sicherheit, ob sie den Schritt zu einer wirksamen Koordination ihrer Wirtschaftspolitik wagen wollen. Besonders aufschlussreich sind in dieser Beziehung die Diskussionen um den Übergang zur zweiten Etappe der Wirtschafts- und Währungsunion, der Ende 1973 fällig wird.

Wir glauben indessen, dass die inneren Widersprüche, die die Gemeinschaft kennzeichnen, den Beteiligten und den Beobachtern immer deutlicher bewusst werden. Gerade die noch kein volles Jahr zurückliegende Erweiterung auf neun Staaten könnte dazu beitragen, dass die immer wieder beschworene, aber stets auch geschickt hinausgeschobene "Stunde der Wahrheit" in nicht allzu ferner Zukunft anbrechen wird - vermutlich in der Form einer ernstesten und längeren Krise. Aber selbst wer als Ergebnis einer solchen Krise eine Klärung erwartet, könnte sich täuschen. Im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen mag es deshalb ganz besonders gewagt, ja sinnlos erscheinen, einer Arbeitshypothese mehr Gewicht zuzusprechen als einer anderen.

Dennoch neigen wir zur Auffassung, dass weder der Zerfall des bestehenden Integrationswerkes, noch der Stillstand, d.h. das Weiterbestehen der EWG als Zollunion ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik, noch auch die Verschiebung des Integrationsschwergewichts auf andere, europäische oder weltweite, Organisationen und was der Varianten noch mehr sein mögen wirklich wahrscheinlicher sind als der schliessliche Durchbruch, der qualitative Sprung zur echten Gemeinschaftsintegration. Ein weiteres Fortschreiten der Integration - ungefähr im Sinn der bestehenden Pläne - muss deshalb unseres Erachtens als eine ernstzunehmende Möglichkeit in das Kalkül der schweizerischen Europapolitik eingesetzt werden.

Diese Auffassung lässt sich mit folgenden Ueberlegungen begründen:

- Die europäische Integration entspricht nicht einer "vue de l'esprit" sondern gründet auf realen Bedürfnissen: die Ausweitung des Binnenmarktes, d.h. die Beseitigung der Schranken im innereuropäischen Verkehr von Gütern, Personen, Kapitalien und Dienstleistungen, verspricht einen beträchtlichen Gewinn an wirtschaftlicher Effizienz und damit an Wohlstand. Trotz grosser politischer Hemmungen und trotz methodischer Unsicherheiten dürfte sich diese wohlstandsteigernde Wirkung der Integration auch in Zukunft als wirksam und letztlich als politisch attraktiv erweisen.
- Die zunehmende Interdependenz und Mobilität schwächen die affektive Bindung der Bürger an nationalstaatliche Ideale und Institutionen.
- Die schwierigsten Zukunftsaufgaben übersteigen offensichtlich die Leistungsfähigkeit der Nationalstaaten; Beispiele:
 - die Schaffung einer funktionsfähigen Währungssystems,
 - die Energieversorgung (Erdöl, angereichertes Uran usf.),
 - die Ueberwindung des nord-südlichen Wohlstandsgefälles (Verhältnis zur dritten Welt),
 - die sich abzeichnende Rationierung gewisser Rohstoffe,

- der wirksame Schutz der Umwelt (z.B. die Rettung des Mittelmeers),
 - die Herstellung eines besseren Gleichgewichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa (europäische Regionalpolitik),
 - die Durchführung gewisser wissenschaftlich-technischer Entwicklungsaufgaben.
- Die Einsicht in die andauernde Unfähigkeit der Staaten, diese Aufgaben allein und mit eigenen Mitteln zu meistern, erhöht in allen politischen Kreisen die Integrationsbereitschaft.
- Die aussereuropäischen Länder namentlich die Supermächte und die Entwicklungsländer, aber auch die sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas werden an Westeuropa mit gesteigerten Ansprüchen, mit einem erhöhten Austausch- und Gesprächswillen herantreten und die Länder Westeuropas auf immer mehr Gebieten zu koordinierten oder sogar gemeinsamen Reaktionen zwingen (selbst wenn die Partner diese integrierende Wirkung ihrer Ansprüche gar nicht beabsichtigen). Als besonders einheitsfördernd dürfte sich der sogenannte Bilateralismus der Supermächte erweisen.
- Die klassischen Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit dürften die Lösung der sich stellenden Aufgaben nur in ungenügendem Ausmass gewährleisten. In der Regel dürfte eine blosser Koordination zu wenig wirksam sein, vielmehr muss eine gemeinsame Politik entwickelt und geführt werden, was auch die Ausstattung von gemeinsamen Organen mit hinreichenden Befugnissen erfordern wird.

All dies sagt noch nichts über die rechtliche Form einer künftigen "Europäischen Union" aus. Die heutige Generation von Europäern ist dem Aufstellen von Verfassungsentwürfen wenig zugetan - wahrscheinlich zu wenig, denn in diesem Wie liegen entscheidende Elemente der Zukunftsgestaltung. Für diesen Zusammenhang mag indessen der Hinweis genügen, dass der wesentliche Unterschied zwischen einer echten Union und dem heutigen Zustand der EG in einer den zu lösenden Aufgaben angemessenen Handlungsfähigkeit der Organe und in der potentiellen Globalität der Zuständigkeit liegen muss.

4. Die Krise des schweizerischen Selbstverständnisses

Aus dem Gesagten geht hervor, dass sich möglicherweise eines Tages ein Zustand einstellen könnte, in dem die europäische Sicherheit nicht anders und vor allem auch nicht besser gewährleistet sein wird als heute, in dem jedoch von der wirtschaftlich-technischen Seite her und infolge der weiteren Konsolidierung der EG ein wesentlich grösserer Integrationsdruck vorhanden sein wird. Der ständige Quervergleich mit der militärisch-strategischen Lage ist deshalb so wichtig, weil unbestritten ist, dass sich das Neutralitätsproblem ganz anders darbieten müsste, wenn sich in Europa und der Welt die Sicherheitsverhältnisse grundlegend verändern sollten, wenn z.B. ein echter europäischer Bundesstaat oder ein weltweites System kollektiver Sicherheit verfügbar wären, die die Existenz unseres Landes besser zu garantieren in der Lage wären, als wir dies mit unseren eigenen militärischen Mitteln und unserer Neutralitätspolitik zu tun vermögen.

Es scheint jedoch wahrscheinlich, dass sich hier eine wesentliche zeitliche Verzögerung einstellen wird, dass mit anderen Worten die wirtschaftlich-technische Integration des Westens weit raschere Fortschritte machen wird als die weltweite oder regionale militärisch-politische Integration. Die Folge wird sein, dass die Schweiz ihre reale Autonomie in sehr vielen praktischen Belangen wird verloren haben, bevor sie für einen formellen Souveränitätsverzicht echte Sicherheitsgewinne einhandeln können. Das Schutzobjekt der Neutralität, die Unabhängigkeit im Sinne des klassischen Völkerrechts des 19. Jahrhunderts, wird praktisch nicht mehr existieren, ohne dass wir darauf ausdrücklich verzichtet hätten.

Diese Darstellung tönt vielleicht etwas schematisch. In Wirklichkeit wird sich kaum mit Sicherheit bestimmen lassen, wann dieser Zustand erreicht sein wird. Es handelt sich unseres Erachtens zum Teil auch um subjektive Vorgänge, d.h. es wird darauf ankommen, wie das Schweizervolk selber die Lage des Landes beurteilt.

Der kritische Punkt in der Entwicklung der schweizerischen Europapolitik wird wohl gekommen sein, wenn sich in der Öffentlichkeit der Eindruck zu verbreiten beginnt, der Mangel an Mitbestimmung in den EG-Organen sei politisch schwerwiegender als die mit einer Mitgliedschaft verbundenen Souveränitätsoffer, wenn erkannt wird, dass das Pochen auf formale Autonomie einen geringeren Gewinn an Selbstbestimmung verspricht als die direkte Beteiligung der Schweiz an Gemeinschaftsbeschlüssen.

Diese Einsicht könnte dann zu einer schweren Krise des helvetischen Selbstverständnisses führen, wenn sie das Schweizervolk unvorbereitet trifft, weil zulange geduldet wurde, dass die objektive Lage und deren subjektive Beurteilung durch die öffentliche Meinung auseinanderklaffen. Für die Behörden stellt sich somit ein heikles politisches Problem, das umso schwieriger zu lösen ist, als niemand mit Sicherheit voraussagen kann, ob die Dinge sich wirklich in der geschilderten Richtung entwickeln werden. Als unvorbereitet und deshalb krisenanfällig müsste die schweizerische Öffentlichkeit dann bezeichnet werden, wenn sie das Erreichen jenes kritischen Punktes als "Ende der Schweiz" empfinden, wenn sie einen Beitritt zu den EG als Selbstaufgabe betrachten, wenn für sie eine "Welt" zusammenbrechen sollte. Für unseren Teil sind wir davon überzeugt, dass die Schweiz auch als Vollmitglied der EG nicht nur als Staat und als Volksgemeinschaft erhalten bliebe, sondern auch nichts Wesentliches aufgeben müsste und zudem Einiges gewinnen könnte.

Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf die internen und externen Massnahmen, die unseres Erachtens getroffen werden müssen, um eine krisenhafte Entwicklung zu vermeiden.

5. Elemente einer künftigen schweizerischen Integrationspolitik

a) Die Ausgangslage

Die schwierige Aufgabe, die sich dem Bundesrat stellt, ist, die heutige Integrationspolitik aktiv (und erfolgreich) weiterzuvorführen und auch weiterzuentwickeln und gleichzeitig gewisse Voraussetzungen für eine möglicherweise unvermeidliche Neuorientierung zu schaffen. Diese Vorarbeiten dürfen jedoch weder die Wirksamkeit noch die Glaubwürdigkeit der heutigen Politik beeinträchtigen und sie dürfen vor allem auch künftige Entscheide nicht präjudizieren.

Es mag in diesem Zusammenhang nützlich sein, wenn versucht wird, die heutige Integrationspolitik der Schweiz in einigen knappen Formulierungen einzufangen.

- aa) Angesichts der engen wirtschaftlichen, sozialen, technischen Verflechtung mit den westeuropäischen Staaten ist die Schweiz zu einer immer engeren und immer weitere Gebiete umfassenden europäischen Zusammenarbeit bereit, soweit dadurch weder die Neutralitätspolitik noch die inneren Strukturen des Landes beeinträchtigt werden.
- bb) Diese Politik bedient sich sowohl des Mittels der multilateralen Zusammenarbeit (z.B. im Europarat, in der EFTA) wie desjenigen der bilateralen Zusammenarbeit mit einzelnen Staaten und - vor allem - mit den EG. Soweit die multilaterale Zusammenarbeit konkrete Ergebnisse zu zeitigen vermag, misst ihr die Schweiz eine gewisse Priorität zu, da diese Formel einem Kleinstaat einige handfeste Vorteile bringt (Gleichberechtigung aller Beteiligten, nicht geschlossener Teilnehmerkreis usf.).

- cc) Gegenüber den EG verfolgt die Schweiz die mit dem Freihandelsabkommen eingeleitete Politik auf Grund der sogenannten Entwicklungsklausel weiter. Es geht ihr namentlich darum,
- die Diskriminierungen, die einzelne EG-Regelungen mit sich bringen könnten, zu mildern oder zu beseitigen (z.B. auf dem Gebiet des Niederlassungsrechts oder des öffentlichen Einkaufswesens),
 - ihre Stellung als Transitland auszunützen - dies ist besonders wichtig im Bereich der Verkehrspolitik, wo dem Vorteil der Kontrolle über wichtige Nord-Süd-Verbindungen der Nachteil der exponierten Zufuhrwege gegenübersteht,
 - sich an "offenen" Projekten aktiv zu beteiligen (Beispiele: COST, Patenterteilungskonvention),
 - sich auf ausgewählten Gebieten, wo wichtige schweizerische Interessen auf dem Spiel stehen (z.B. Währungspolitik, Energiepolitik), in den Prozess der Problemanalyse und auch der Meinungsbildung einzuschalten,
 - die Wirksamkeit ihrer eigenen Politiken durch eine Abstimmung mit den EG zu erhöhen (Beispiel: Konjunkturpolitik).

In Einzelfällen könnte sich erweisen, dass die Schweiz nicht ausschliesslich Bittsteller, ist sondern dass auch die EG ein echtes eigenes Interesse an einer Beteiligung der Schweiz haben (Beispiele: Verkehrspolitik, Kapitalmarkt, gewisse Forschungsprojekte). Eine solche Konstellation dürfte jedoch Ausnahme bleiben.

- dd) Gleichzeitig wird die Schweiz aber auch bemüht sein, ihr eigenes "Profil" zu pflegen, z.B. durch eine aktive und eigenständige Verhandlungsführung in den multilateralen, weltweiten Handelsgesprächen des GATT, in wichtigen Arbeiten der OECD oder an der europäischen Sicherheitskonferenz. Damit wird sie nicht nur erreichen, dass die aussereuropäischen Länder sie nicht in einen Topf mit den EG werfen, sondern auch für diese ein interessanterer Gesprächspartner sein.

Dies ist eine pragmatische Politik. Unausgesprochen mag ihr der Wunsch zu Grunde liegen, die EG könnten doch noch auf ihren Marsch zur Wirtschaftsunion verzichten und die bisherige Integrationspolitik gegen ein "Europa à la carte", gegen eine für die punktuelle Beteiligung von Nicht-Mitgliedern offenere Gemeinschaft eintauschen, die mehr und mehr zu multilateralen und zwischenstaatlichen Methoden zurückkehrt. Diese uneingestandene Hoffnung (ver)führt auch leicht zu einem gewissen Aktivismus: Keine Gelegenheit darf verpasst werden, das Gespräch mit den EG auf immer neue Bereiche auszuweiten und damit immer neue Beweise für den Realismus der pragmatischen Kooperationspolitik zu sammeln.

Es bedarf keines Beweises, dass diese Methode für alle von den EG als relativ marginal empfundenen Bereiche sich bewähren kann. Fraglicher ist schon, ob sie mehr zu leisten imstande ist, denn in Kernbereichen der Wirtschaftsintegration gibt es wohl für die EG nur ein Entweder - Oder: Entweder sie wahren ihre volle Beschlussfassungsautonomie oder sie verzichten auf eine echte Integration im Sinne der bisherigen Zielsetzungen. Die heimliche Hoffnung der Schweiz, mit einer schwachen, innerlich zerrissenen Gemeinschaft besser zusammenarbeiten zu können, dürfte sich als Illusion erweisen. Wie es zum Abschluss der Freihandelsabkommen mit den EFTA-Staaten eine einigermaßen konsolidierte Zollunion brauchte, welche die jahrelange Furcht vor einer Verwässerung ihres Integrationsgehalts überwunden hatte, wäre eine umfassende wirtschaftspolitische Kooperation wohl nur von einer selbstbewussten und handlungsfähigen Wirtschaftsunion zu erhoffen, dann jedoch mit der ganzen Satellisierungsproblematik behaftet, die eine Partnerschaft zwischen zwei Einheiten von solch unterschiedlichem Gewicht notwendigerweise kennzeichnet.

b) Die Vorbereitung einer neuen Integrationspolitik

Der heutigen Integrationspolitik sind somit relativ enge Grenzen gesetzt. Einen echten Einfluss auf die entscheidenden Fragen der europäischen Zukunft und auf die Kernbereiche der EG-Wirtschaftspolitik erhält die Schweiz auf diese Weise nicht. Selbst wenn der Politik der aktiven, aber punktuellen Kooperation in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit Erfolg beschieden ist, kann damit nicht ausgeschlossen werden, dass die erwähnte Krise des schweizerischen Selbstverständnisses und das "Satellisierungssyndrom", das Gefühl, mangels Mitbestimmungsrechten in den EG-Organen auch nicht mehr Herr im eigenen Hause zu sein, akut werden.

Es muss deshalb parallel zur bestehenden eine andere, neue Politik vorbereitet werden für den Fall, dass die Entwicklung der europäischen Integration von der Schweiz ein verstärktes Engagement erfordert. Bei dieser "Alternativstrategie" ist zu unterscheiden zwischen konkreten Massnahmen und bewussten Akzentverschiebungen in der Informationspolitik. Der zweiten Kategorie, also der psychologischen Vorbereitung, dürfte vorderhand die grössere Bedeutung zukommen.

aa) Konkrete Massnahmen

Unter dem Titel konkrete Massnahmen wäre zu wünschen, dass die Schweiz überall dort, wo keine "heiligen Kühe" geschlachtet werden müssen, unnötige und sachlich nicht hinreichend motivierte Systemunterschiede gegenüber den EG abbaut oder zumindest bei neuen Regelungen auf eine gewisse Kompatibilität achtet. Da es sich um Massnahmen im Rahmen einer "Alternativstrategie" handelt, ist, wie schon gesagt, dafür zu sorgen, dass spätere Entscheide nicht präjudiziert werden. Trotz dieser Einschränkungen gibt es, so scheint uns, viele Gebiete, wo weder politische noch praktische Erwägungen gegen eine Uebernahme gewisser EG-Regelungen sprechen. Wir denken etwa an die Revision des Stempelabgabengesetzes, wo diese

Rücksichtnahme bereits erfolgt ist, aber auch an die Ausgestaltung der Mehrwertsteuer oder an die Regelung der Heilmittelkontrolle, an industrielle Normen, öffentliche Vorschriften über die Warenbeschaffenheit (Lebensmittelzusätze, Ausrüstung von Motorfahrzeugen usf.) oder den Umweltschutz. Auf diese Weise wird nicht nur langfristig eine engere Integration vorbereitet, sondern es lassen sich auch heute schon praktische Vorteile erzielen und unnötige Schranken beseitigen. In allen längerfristigen Planungsarbeiten (z.B. Entwicklung einer Gesamtverkehrskonzeption, einer umfassenden Energiepolitik, in der Raumplanung usf.) sowie in wichtigen Gesetzes- und Verfassungsrevisionen (z.B. neue Bundesfinanzordnung) sollte der Beitritt der Schweiz zu den EG zumindest als eine der möglichen Entwicklungsvarianten vorgesehen werden - sofern natürlich nicht gewichtige sachliche und politische Gründe gegen eine solche Berücksichtigung sprechen. Auf diese Weise kann vermieden werden, dass unnötige neue Beitrittshindernisse geschaffen werden.

Besonders schwierig ist natürlich eine solche Politik auf "sensiblen" Gebieten wie der Fremdarbeiterpolitik. Es ist ganz offensichtlich, dass eine rasche Rückkehr zu "europäischen Verhältnissen" unmöglich ist. Es ist ja auch fraglich, ob alle EG-Mitgliedstaaten die volle Freizügigkeit der Arbeitskräfte selbst bei massiv steigenden Ausländerquoten aufrecht zu erhalten vermögen. Wir glauben jedoch, dass es gerade auch auf diesem Gebiet sinnvoll wäre, eine Alternative zur heutigen Politik vorzubereiten. Diese neue Fremdarbeiterpolitik sollte die Ueberfremdung nicht mit polizeilichen Beschränkungen an der Grenze sondern mit strukturpolitischen Massnahmen im Inneren bekämpfen, es sollte m.a.W. nicht das Angebot sondern die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften gedrosselt werden. Als Mittel bieten sich u.a. an:

- eine Steuerpolitik, die arbeitsintensive und unrationelle Produktionen benachteiligt und z.B. der Expansion des Tourismus gewisse Grenzen setzt,
- eine Raumplanung, die industriellen Neuinvestitionen enge Grenzen setzt,
- eine Sozial- und Einkommenspolitik, die die Ausnützung von "billigen" Arbeitskräften verunmöglicht,
- eine der Leistungsfähigkeit des nationalen Arbeitsmarktes angepasste Auftragspolitik der öffentlichen Hand (Zurückhaltung mit Grossprojekten wie Nationalstrassenbau, Gott-hard-Basistunnel usf.).

Aehnliche Ueberlegungen lassen sich mit Bezug auf die Landwirtschaftspolitik anstellen (Förderung von Produktionszweigen, wo die schweizerische Landwirtschaft auch preislich konkurrenzfähig werden kann). Immerhin ist hier zu bemerken, dass möglicherweise auf dem Weg der Annäherung die EWG selbst ein grösseres Stück zurücklegen wird als die Schweiz.

Besondere Erwähnung verdient die Währungspolitik. Die Schweiz hat in der Vergangenheit nicht nur konsequent eine offene und kooperationsfreudige Politik auf diesem Gebiet verfolgt (Verzicht auf Devisenbewirtschaftung, Freiheit des Kapitalverkehrs, währungspolitische Disziplin, usf.) sondern ist auch als internationaler Finanzplatz darauf angewiesen, dass der weltweite Geldverkehr möglichst reibungslos funktioniert - was nicht heisst, dass die schweizerischen Banken nicht ab und zu von der Instabilität der Verhältnisse im Ausland zu profitieren wussten. Die währungspolitischen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben nun aber gezeigt, dass der währungspolitischen "Integrationsfähigkeit" der Schweiz recht enge Grenzen gesetzt sind, weil, was in der Vergangenheit zu wenig beachtet wurde, die bedeutende Rolle der Schweiz als Finanzplatz in einem deutlichen Missverhältnis zur sonstigen wirtschaftlichen Potenz des

Landes steht. Als sich im Frühjahr 1973 die Frage stellte, ob sich die Schweiz dem europäischen Währungsblock anschliessen kann, musste der Bundesrat trotz aller Sympathie für stabilere Kursrelationen binnenwirtschaftlichen Zielen (Konjunktur-
dämpfung) Priorität einräumen. Der Bundesrat scheint aus dieser Erfahrung, wenigstens verbal, bereits die Konsequenzen gezogen zu haben: In verschiedenen Interventionen auf dem internationalen Konferenzparkett (EFTA, OECD) betonte Bundesrat Brugger die Notwendigkeit der Koordinierung und Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken der westlichen Industrienationen. Im Gegensatz zum internationalen Warenverkehr kann auf dem Gebiet der Zahlungs- und Kapitalströme durch die blosse Beseitigung von Schranken kein hinreichender Integrationseffekt erzielt werden. Im Gegenteil: Die Intensivierung des Verkehrs führt zu Gleichgewichtsstörungen, die ihrerseits wieder eine Desintegration der Devisenmärkte zur Folge haben. Der bundesrätliche Sprecher wies jeweils darauf hin, dass das Krebsübel der Inflation nur dann erfolgreich bekämpft werden könne, wenn binnenwirtschaftliche und internationale Massnahmen Hand in Hand gehen. Da die internationale Koordination jedoch kaum vom Fleck kommt, haben die nationalen Massnahmen in der Praxis einen desintegrierenden Effekt. Die eigentliche Crux der internationalen Währungspolitik liegt somit in der fehlenden Wirksamkeit der eingesetzten Mittel und Verfahren. Man muss sich die Frage stellen, ob nicht auch die Schweiz durch ihre grundsätzliche Ablehnung supranationaler Integrationsmethoden sich als Ratgeber auf dem internationalen Parkett disqualifiziert.

Gerade das Beispiel der Währungspolitik zeigt, dass die konkrete Vorbereitung einer neuen Politik nicht nur durch interne Massnahmen erfolgen kann, sondern dass auch auf diplomatischer Ebene einige neue Akzente zu setzen sind, die, ohne für sich allein schon eine Aenderung der schweizerischen Europapolitik zu bedeuten, diesen Wechsel jedoch, wenn es einmal nötig

werden sollte, erleichtern werden. Die Schweiz hat zwar als Nicht-EG-Staat praktisch keinen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Gemeinschaft, z.B. auf institutionellem Gebiet. Geht man davon aus, dass die Umstände uns eines Tages zum Beitritt zwingen könnten, so ist dieses Fehlen von Mitgestaltungsmöglichkeiten ein bedenklicher Mangel. Zu ändern ist daran indes vorläufig wenig. Immerhin darf man den Wunsch äussern, dass die Schweiz die Entwicklung der EG nicht noch erschwert und dass sie überall dort, wo sich ihr zufälligerweise und ausnahmsweise eine solche Möglichkeit eröffnet, eine Entwicklung fördert, die ihren eigenen langfristigen Interessen entspricht. Unter langfristigen Interessen verstehen wir vor allem die Notwendigkeit, dass ein vereinigtes Europa föderalistisch, demokratisch und freiheitlich wird. Somit sollte die Schweiz unbedingt allen Versuchungen eines "helvetischen Gaullismus" widerstehen. Das Fehlen oder Nichtfunktionieren von Mehrheitsentscheidungen und der demokratischen Kontrolle in der EG, aber auch in internationalen Organisationen, in denen die Schweiz Mitglied ist, sollte weder direkt noch indirekt gefördert werden. Als demokratischer und föderaler Kleinstaat hat die Schweiz langfristig ein Interesse daran, dass auch die internationale Zusammenarbeit so funktioniert, wie die Schweizer es von ihrem eigenen Staat erwarten. Das Interesse an einem funktionsfähigen liberalen Rechtsstaat darf nicht an der Grenze aufhören. Auch wenn heute die internationale Zusammenarbeit - die EG nicht ausgenommen - sich noch nicht nach staatlichen Spielregeln abspielt, so sind doch die retardierenden Tendenzen nicht noch zu unterstützen. Das Bewusstsein muss lebendig sein, dass wir hier an einem Haus bauen, in dem wir selbst möglicherweise eines Tages wohnen müssen, und dass wir uns nicht darauf beschränken können, für gelegentliche Geschäfte ein- und auszugehen.

bb) Die psychologische Vorbereitung

Wichtiger als die erwähnten konkreten Massnahmen scheint uns jedoch, wie schon gesagt, die psychologische Vorbereitung des Schweizervolkes auf mögliche kommende Veränderungen. Auch diese Massnahmen erfordern eine bewusste Regie oder, um es deutlicher zu sagen, sie setzen den Willen zur bewussten politischen Gestaltung, zur Führung, voraus. Worum geht es ?

Ein erster Schritt kann darin bestehen, dass dem Schweizervolk die fundamentale Instabilität der politischen Situation wieder klarer bewusst wird. Wir müssen erkennen lernen, dass die Geschichte nicht still steht und dass auch die Neutralität der Schweiz ein Produkt geschichtlicher Umstände ist.

Aufbauend auf dieser Erkenntnis des "Panta rhei" muss klargestellt werden, dass die Neutralität geschichtlich aufs engste verknüpft ist mit der Bildung und der Apotheose des Nationalstaates in Europa. Das nationalstaatliche Denken setzte im 16. Jahrhundert ein und erlebte im 19. Jahrhundert seinen Höhepunkt. Wenn somit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Nationalstaat und mit der staatlichen Souveränität auch die Neutralität in Frage gestellt wird, so ist dies nicht einem vaterlandslosen, ja landesverräterischen Willen einiger Politiker zur "Aufgabe" geheiligter Werte zuzuschreiben sondern lediglich dem durchaus banalen Umstand, dass die Verhältnisse sich geändert haben. Die Neutralität eignet sich nicht dazu, "über Bord geworfen" zu werden; sie unterliegt jedoch wie jede geschichtliche Erscheinung der Gefahr, sinnlos, gegenstandslos, irrelevant zu werden. Sie wäre einem Zahnrad zu vergleichen, das keine Gegenzähne mehr findet, in die es greifen kann.

Hat das Schweizervolk dies einmal erkannt, so dürfte es in integrationspolitischen Belangen bereits wesentlich gelassener,

krisen-unempfindlicher geworden sein. Wenn es dann fragen wird, worin das Wesen des Schweizertums bestehe und welche Daseinsberechtigung unser Land in einer solchen Welt noch habe, so kann mit gutem Gewissen auf einige Besonderheiten der politischen Kultur dieses Landes hingewiesen werden:

- auf ein besonders intensives demokratisches Empfinden,
- auf eine lange Uebung in der lokalen und regionalen Selbstverwaltung und das damit verbundene Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Behörden,
- auf eine starke freiheitliche Tradition,
- auf eine Uebung in der aussenpolitischen Bescheidenheit, der Verfügbarkeit, der humanitären Hilfe,
- auf die Einfachheit und Sauberkeit der öffentlichen Verwaltung,
- auf einen hoch entwickelten Gerechtigkeitssinn, der extreme soziale Unterschiede nicht duldet, d.h. auf einen spezifisch schweizerischen Egalitarismus, der sich darin ausdrückt, dass hierzulande "Herr" und "Knecht" einander sehr viel näher sind als in den meisten anderen Ländern,
- auf einen immer noch erstaunlich lebendigen Willen zur Selbstdisziplinierung, zur Mässigung,

Negativ:
Närr, Egalitarismus,
Schwermüdigkeit,
Plebskrazismus.

kurz auf eine Reihe von "Bürgertugenden", die nicht von bestimmten aussenpolitischen Konstellationen abhängig sind und die auch in eine transnationale Demokratie und in einen transnationalen Föderalismus eingebracht und fruchtbringend angelegt werden können. Es ginge somit darum, die wirkliche Substanz des Schweizertums zu erkennen und sich von der Fixierung auf gewisse Mittel zu seinem Schutz, die sich in der Vergangenheit - unter anderen Umständen - bewährt haben, zu lösen.

Die erforderlichen Akzentverschiebungen lassen sich noch etwas präziser umschreiben. Man kann versuchen, einige Leitsätze für eine zielgerichtete psychologische Vorbereitung aufzustellen.

- Auf jede Mystifizierung der Neutralität und jede Verknüpfung zwischen Neutralitätspolitik und Selbstbeauptung der Schweiz ist zu verzichten. Die Neutralität ist auf das zu reduzieren,

falsch!

was sie stets war und ist: ein in einer bestimmten geschichtlichen Konstellation geeignetes aussenpolitisches Mittel zur Wahrung der schweizerischen Interessen, namentlich ihrer politischen Unabhängigkeit. Es kann in der Tat nicht ausgeschlossen werden, dass in Zukunft diese "Unabhängigkeit" - besser würde man wohl sagen: optimale Selbstbestimmung - nur in der Form und auf dem Umweg der Mitbestimmung und damit wohl auch der Mitgliedschaft in den EG erreichbar ist. Das Abseitsstehen könnte dagegen eine Verstärkung der Fremdbestimmung bedeuten. Die als Mittel zur Wahrung der Unabhängigkeit konzipierte Neutralitätspolitik müsste damit entgegen ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung zu einem echten Hindernis in der Erhaltung und dauernden Verwirklichung der Selbstbestimmung der Schweiz als politische Gemeinschaft werden.

- Die wachsende Interdependenz und damit das Schwinden des Spielraums für autonome Entscheidungen ist der Öffentlichkeit plastisch vor Augen zu führen, und zwar nicht als bedauerliche Verschlechterung der Lage sondern als natürliche Erscheinung und Folge der nach-industriellen Zivilisation.
- Die Abstriche an der direkten Demokratie und am internen Föderalismus der Schweiz, die im Gefolge internationaler Verpflichtungen notwendig erscheinen, dürfen nicht einseitig negativ beurteilt werden. Es ist vielmehr das Verständnis dafür zu wecken, dass die Schweiz international nur dann handlungsfähig ist, wenn sie einen gegenüber heute deutlich höheren Grad der internen Konsolidierung erreicht hat. So kann, um nur dieses Beispiel zu nennen, die Schweiz an keiner sinnvollen internationalen Koordinierung der Konjunkturpolitik teilnehmen, solange der Bund keine eigene Konjunkturpolitik führt bzw. nicht über die nötigen Instrumente verfügt, um sie zu führen. Was die Demokratie anbelangt, so muss das Bewusstsein geschärft werden, dass es sich insofern um Scheinverluste handelt, als ja in der Regel nur dort supranationale Zuständigkeiten geschaffen werden, wo die einzel-

staatliche Beschlussfassung ohnehin fragwürdig geworden ist. Wirksam kann somit die Demokratie nur durch eine echte Demokratisierung der supranationalen Institutionen verteidigt werden.

- Die Darstellung der heutigen sachlichen Hindernisse eines Beitritts zu den EG (Fremdarbeiter, Landwirtschaft) ist zu differenzieren. Statt daraus Tabus zu machen, ist die Relativität und Zeitbedingtheit dieser Probleme hervorzuheben. Zu einem guten Teil dürfte sich dieses neue Verständnis bereits durch die bereits beschriebenen konkreten Massnahmen verwirklichen lassen.
- Auf jede Verketterung der EG ist zu verzichten. Es ist vielmehr der Sinn für die Schicksalsgemeinschaft Europas zu stärken. Ein Scheitern der EG bedeutet eine Schwächung Europas; ein Misserfolg der EG-Politiken bedeutet, dass wichtige europäische Probleme ungelöst bleiben oder falsch angepackt worden sind. Ein solches Fiasko oder auch nur die Stagnation müssen auch auf die Schweiz negative Auswirkungen haben.
- Schliesslich wird man eines Tages dazu übergehen müssen, den Beitritt der Schweiz zu den EG offen als eine - unter anderen - der ernsthaft ins Auge zu fassenden Arbeitshypothesen unserer Aussenpolitik zu bezeichnen. Dies darf, wie schon gesagt, nicht mit einem Unterton der Resignation geschehen. Vielmehr sollte das Gefühl vermittelt werden, dass auch die Schweiz nicht nur Althergebrachtes zu bewahren hat, sondern auch aufgerufen ist, Neues zu gestalten.

Unter diesen vielfältigen Aspekten der Bewusstseinsbildung scheint uns vor allem der Aspekt der Verantwortung besonderer Hervorhebung zu bedürfen. Das ist der Kern der ganzen Problematik. Geschichtliche Umstände haben es der Schweiz versagt, in Europa mehr als nur die Verantwortung für das eigene Schicksal, die eigene Sicherheit, das eigene Wohlergehen zu tragen. Was sich auf unserem Kontinent seit mehreren Jahrhunderten ab-

spielte, waren "fremde Händel". Sich nicht einzumischen, war letztlich verantwortungsvoller als aktives Mitmachen. Es wird dem Schweizer deshalb sehr schwer fallen, dieses Weltbild aufzugeben, zu sehen, dass diese Beschränkung der Verantwortung auf den relativ engen Umkreis der "vier Wände" des eigenen Landes unter den neuen Verhältnissen der wahren Interessenlage des Landes widerspricht. In dem Masse, als infolge der wachsenden internationalen Verflechtung der Anteil der externen Bestimmungsfaktoren zunimmt, muss der Staatsbürger auch lernen, seinen Verantwortungssinn auf aussernationale Bereiche auszudehnen. In der Umweltschutzdebatte wird oft das Bild vom "Raumschiff Erde" verwendet, um das Gefühl zu vermitteln, dass wir alle im gleichen Boot sitzen. Es müssten jedoch Wege gefunden werden, um dem solchermassen bearbeiteten Bürger mehr als nur ein Gefühl der Ohnmacht, mehr als nur apokalyptische Schauer zu vermitteln. Die Bewusstseinsweiterung muss mit einer echten Erweiterung des Verantwortungsgefühls gekoppelt werden. Und diese Koppelung kann nur erfolgreich sein, wenn der Bürger die Gewissheit erlangt, dass die europäische und weltweite Integration beeinflussbar und kontrollierbar ist. Uns scheint, dass einzig eine Integrationsform, die gewisse staatliche Elemente übernimmt (Gewaltentrennung, Schutz der Individualrechte, parlamentarische Kontrolle, richterliche Ueberprüfung von Entscheiden usf.), diese notwendige Erweiterung der Verantwortung bewirken und auch rechtfertigen kann. Auf diese wichtige und umstrittene Frage - Kontroverse zwischen Föderalisten und Funktionalisten - sei jedoch hier nicht näher eingegangen.

c) Neutralitätspolitische Aspekte

Es gibt Leute, die die Abruptheit des erforderlichen politischen Kurswechsels dadurch zu dämpfen versucht sind, dass sie den Beitritt der Schweiz zu den EG mit Neutralitätsvorbehalt befürworten. Diese Tendenz ist verständlich und auch legitim, sofern sie nicht von Illusionen begleitet wird.

Einmal ist festzuhalten, dass der Integrationsprozess wohl seiner Natur nach irreversibel ist. Eine Rückzugsklausel könnte jedoch immerhin für eine Übergangszeit von 10 oder 20 Jahren, während derer sich diese Irreversibilität noch nicht voll auszuwirken vermag, praktische Bedeutung erlangen. Eine Mentalreservation für den Fall ausserordentlicher Ereignisse wie Krieg oder Revolution machen zudem alle Mitgliedstaaten. Schliesslich ist zu beachten, dass ein Beitritt zu den EG das Sicherheitsproblem der Schweiz in keiner Weise zu lösen vermag. All dies spricht für die Aufnahme eines formellen Neutralitätsvorbehalts.

Aber letztlich gibt es keine echten Zwischenlösungen.

Langfristig wird die Integration nicht bei der Wirtschaft halt machen. Der Prozess der Erosion der Souveränitäten ist ein globaler und zugleich unausweichlicher Prozess. Daraus folgt auch, dass beispielsweise Proteste aus Moskau gegen einen Beitritt uns nicht irre werden lassen sollten. Wir haben dargelegt, dass ein Abseitsstehen langfristig die Selbstbestimmung der Schweiz und damit auch die Grundlage ihrer Demokratie und ihrer freiheitlichen Lebensform zerstören könnte. Aber vielleicht ist es gerade das, was Moskau mit seinem Protest letztlich anstrebt ?

Zum Schluss sei betont, dass der vorliegende Text nicht als ein Plädoyer für eine andere Integrationspolitik, sondern als Anregung für eine Ausdehnung unserer aussenpolitischen Planung auf eine zusätzliche Entwicklungsvariante zu betrachten ist, auf eine Entwicklung, die uns vielleicht unsympathisch ist und uns sicher vor zahlreiche innen- wie aussenpolitische Probleme stellen wird, die aber deswegen auf keinen Fall verdrängt werden darf.

Wir sind uns bewusst, dass diese Gedanken der Ueberprüfung wie auch der Vertiefung bedürfen. Wir hoffen jedoch, zumindest einen Beitrag zu einer vorurteilsloseren und weiter ausholenden Diskussion über diese Existenzfragen unseres Landes geleistet zu haben.